

Kritik an kleinerer Kommission

Pensionskasse Andreas Wirth (SVP, Frauenfeld) sorgt sich um das Kapital der Pensionskasse Thurgau (PKTG), das mit 4,5 Milliarden Franken doppelt so hoch wie das Kantonsbudget ist. In einer Einfachen Anfrage weist er daraufhin, dass die PKTG ihr Leitungsgremium, genannt Kommission, per 2024 von 12 auf 10 Mitglieder verkleinert. Eine weitere Reduktion auf 8 Mitglieder werde diskutiert. Laut Wirth stellt sich die Frage der Risiken: «Hohe Summen und wenige Verantwortliche.» Die Kompetenz der Kommissionsmitglieder sei entscheidend: «Dazu gehören aber auch kritische und hinterfragende Stimmen.» (wu)

Ratsjournal

32 Stimmen für nicht Kandidierenden

Obergericht Der Grosse Rat wählte am Mittwoch den von der FDP vorgeschlagenen Bundesgerichtsschreiber Christian Stähle mit 77 Stimmen zum neuen Thurgauer Obergerichter. Eine Diskussion fand nicht statt. Der 31-jährige Stähle war einziger offizieller Kandidat. Der 52-jährige Frauenfelder Bezirksgerichtspräsident René Hunziker erhielt 32 Stimmen. Er hatte sich fraktionsintern um die Nomination bemüht, war aber von der FDP nicht unterstützt worden.

Eine einzige Stimme gegen das Polizeigesetz

Schlussabstimmung Mit einer einzigen Gegenstimme verabschiedete der Grosse Rat die Revision des Polizeigesetzes, definitiv ohne umstrittenen Handy-Paragrafen. Den Nein-Knopf im elektronischen Abstimmungssystem drückte nur Robert Zahnd (SVP, Frauenfeld). Den Grund wollte er der Thurgauer Zeitung nicht verraten.

Chef der Finanzkontrolle im Amt bestätigt

Wahl Mit 115 Stimmen hat der Thurgauer Grosse Rat den Chef der kantonalen Finanzkontrolle, Peter Würmli, für die Amtsdauer 2024 bis 2028 wiedergewählt. (wu)

Gsaat isch gsaat

«Sie können die Pflegeinitiative nicht mit Klatschen umsetzen.»

Finanzdirektor Urs Martin begründet die steigenden Ausgaben des Kantons.

«Jetzt komme ich zu den neu eingegangenen Neueingängen.»

Grossratspräsident Andreas Zuber sorgt kurz vor Sitzungsende für allgemeine Erheiterung im Rathaus Weinfelden.

«Jeder ausgegebene Franken muss zweimal umgedreht werden, bevor er ausgegeben wird.»

Hans Eschenmoser (SVP, Weinfelden) zahlt mit Geld, das er schon nicht mehr hat. (ste)

Steuern rauf oder Ausgaben runter?

Der Kanton Thurgau budgetiert für 2024 ein Minus von 87 Millionen Franken. Das Defizit spaltet den Grosse Rat.

Stefan Marolf

«Chancen erkennt man oft nicht auf den ersten Blick», begann Kris Vietze (FDP, Frauenfeld), Präsidentin der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission, an der Grossratsitzung vom Mittwoch ihre Ausführungen zum Budget des Kantons. Und fügte gleich an: «Auch auf den zweiten und dritten Blick halten sich die Chancen gut versteckt.»

Die Thurgauer Regierung rechnet für das kommende Jahr mit einem Defizit von 87 Millionen Franken. Zustande kommt es einerseits, weil vom Finanzausgleich zwischen den Kantonen und von der Nationalbank weniger Geld in den Thurgau fliesst, und andererseits durch Ausgabenwachstum: Der Sachaufwand wird gemäss Budget des Kantons um 6 Prozent steigen, der Personalaufwand um 4,6 Prozent.

Verglichen mit dem Thurgauer Bevölkerungswachstum von 1,3 Prozent sei diese Steigerung «inakzeptabel und muss gestoppt werden», forderte der Weinfelder SVP-Kantonsrat Hans Eschenmoser. Die SVP werde einen Teil der vom Kanton vorgesehenen neuen Stellen zur Streichung beantragen, kündigte er an: «Die Ausgabenseite steigt ins Uferlose, dem müssen wir einen Riegel schieben.»

Ueli Fisch zweimal auf SVP-Linie

Zumindest, was das Stellenwachstum anging, war GLP-Kantonsrat Ueli Fisch aus Ottoberg mit Eschenmoser einverstanden. Dass Ueli Fischs «favorisierte Kennzahl», die Anzahl Angestellter pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner, auf 10,3 steige, sei «alarmierend». Er fragte rhetorisch: «Welche Strategie hat der Regierungsrat, dem entgegenzuwirken?»

Ganz anders beurteilte Fisch die hohen Investitionen, die



Im vergangenen März konnte Urs Martin zwar eine erfreuliche Rechnung 2022 präsentieren. Der Finanzdirektor warnte aber schon damals vor einem Wetterumschwung. Bild: Andrea Tina Stalder

unter anderem für den neuen Werkhof in Amriswil geplant sind: «Sie sind ein Motor für die Wirtschaft – eine Reduktion würde diesen Motor abwürgen.» Eine Ausnahme nannte er allerdings – und war zum zweiten Mal an dieser Sitzung auf einer Linie mit der SVP: Die GLP werde den neun Millionen Franken teuren Jagdschiessstand in Müllheim ablehnen.

Warum es diesen aus seiner Sicht nicht braucht, brachte der Schocherswiler EDU-Kantonsrat Marcel Wittwer in einem Satz auf den Punkt: «Die Jäger könnten sich für ein Trinkgeld in

Bülach einmieten.» Der Kanton lebe auf zu breitem Fuss, fand er, kritisierte den «Hang zur Vergoldung von Bauprojekten» und sagte: «Eine Ausgabenreduktion ist einer Steuererhöhung vorzuziehen.»

Die Linken wollen rauf mit den Steuern

Eine Steuererhöhung – beziehungsweise das Rückgängigmachen der Steuersenkung von 117 auf 109 Prozent – fand nur bei zwei der sieben Grossratsfraktionen Anklang. «Wir haben kein Ausgaben- sondern ein Einnahmenproblem», sagte die Wi-

goltinger SP-Fraktionspräsidentin Sonja Wiesmann: «Wegen der Steuerfussenkung wird der Thurgau zum Schuldenkanton.»

Mit dem Vorschlag der Regierung, den Steuerfuss für die Jahre 2025 bis 2027 vorübergehend wieder auf das alte Niveau von 117 Prozent anzuheben, gab sie sich nicht zufrieden. «Er hat zwei Fehler: Das Wort «temporär» und dass er zu spät kommt.» Wiesmann forderte eine «Steuerkorrektur jetzt und nicht erst morgen».

Unterstützung erhielt Wiesmann von der Amriswiler Grünen-Fraktionspräsidentin Sand-

ra Reinhart. «Die Zahlen aus dem Finanzplan lassen die Alarmglocken hoffentlich auch bei Ihnen läuten», wandte Reinhart sich an ihre Ratskolleginnen und Ratskollegen. «Wenn wir uns der Ernsthaftigkeit der Lage bewusst sind, handeln wir jetzt.»

Die FDP behält die Nerven

Die Steuerfussenkung sei «blauäugig» beschlossen worden, sagte Sandra Reinhart. «Es wäre grünäugig gewesen, sie nicht zu machen», konterte Ueli Fisch. FDP-Kantonsrat Beat Rüedi aus Kreuzlingen liess sich weder davon noch vom budgetierten Defizit aus der Fassung bringen: «Wir wissen, dass der Kanton Vermögen abbauen wird. Das ist kein Anlass, die Nerven zu verlieren.»

Sorgen bereitete ihm einzig, dass die Erfolgsrechnungen des Kantons heute wegen der Gelder aus dem Finanzausgleich und von der Nationalbank volatiler seien als früher: «Wir kommen von sehr weit oben nach sehr weit unten.» Immerhin seien die 87 Millionen Franken Defizit nur ein Budget – «wir können hoffen, dass die Rechnung besser ausfällt».

Obwohl der Kanton in Vergangenheit tatsächlich immer wieder besser abschloss als angekündigt, machte der zuständige Regierungsrat Urs Martin diese Hoffnung zunichte. Mitte des laufenden Jahres habe der Kanton 18 Millionen Franken Rückstand auf das Budget. «In anderen Jahren war das genau umgekehrt.»

Um den Finanzhaushalt bis 2030 wieder ins Lot zu bringen, arbeitet die Regierung derzeit eine Strategie aus. Deren Inhalt sei zwar noch nicht öffentlich, so Urs Martin, aber: «Als wir die Finanzstrategie der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission präsentierten, haben wir betretene Gesichter gesehen.»

Das Attest des Studienkollegen reicht nicht

Thurgauer Ärzte über 70 müssen sich von einem Arbeitsmediziner untersuchen lassen.

Thomas Wunderlin

Angeht es Hausärzten, ist es wünschenswert, wenn Ärzte ihren Ruhestand aufschieben. Ihre Bewilligung zur Berufsausübung ist jedoch grundsätzlich nur bis zum 70. Altersjahr gültig. Das Departement für Finanzen und Soziales kann sie jedoch mehrmals um drei Jahre verlängern. Zukünftig soll vor der Verlängerung ein spezialisierter Arbeitsmediziner die Arbeitsfähigkeit untersuchen. Der Grosse Rat hat dieser Bestimmung bei der Revision des Gesundheitsgesetzes in der ersten Lesung am Mittwoch zugestimmt.

Die Verlängerung sollte nach Antrag des Frauenfelder GLP-Kantonsrats Stefan Leuthold

erstmals mit 73 Jahren verlangt werden. Er wollte es den Ärzten erleichtern, ihren Beruf weiter auszuüben. Der Aufwand für eine Verlängerung ist laut Leuthold gross. Da Ärzte eine lange Ausbildungszeit hätten, würden sie relativ spät in die Berufstätigkeit einsteigen. Der Grosse Rat lehnte den Antrag mit 90 Nein zu 17 Ja bei 4 Enthaltungen ab.

Altersquillotine kommt viel später als bei den Piloten

Die Arbeitsfähigkeit eines Arztes könne nicht mit der Fahrtauglichkeit verglichen werden, sagte Severine Hänni (Frauenfeld) namens der einstimmigen SVP-Fraktion.

Im Thurgau werden Ärzte im Unterschied zu andern Kantonen nach der Ausbildungszeit

bis 70 nicht mehr kontrolliert, sagte SVP-Regierungsrat Urs Martin. «Es ist eine Tatsache, dass bei vielen Personen die Fähigkeiten im Alter nachlassen.» Wenn Piloten nach 60 keine Lizenzen mehr machen dürften, sollten auch Ärzte nicht bis 73 operieren dürfen.

Bei der Revision des Gesundheitsgesetzes geht es um diverse Anpassungen ans übergeordnete Recht. Auf kantonaler Ebene soll nur geregelt werden, was nicht vom Bund geregelt worden ist. «Wir können das Gesundheitswesen nicht umkrempeln», erklärte Kommissionspräsident Stephan Tobler (SVP, Egnach).

Zukünftig sollen Arbeitsmediziner untersuchen, ob ein älterer Arzt noch arbeitsfähig ist. Im

Vernehmlassungsentwurf war dafür das Attest eines internistischen Chefarztes eines ausserhalb des Kantons gelegenen, öffentlichen Spitals vorgesehen. Leuthold wollte auf diese Version zurückkommen, was der Grosse Rat mit 94 Nein zu 17 Ja ablehnte.

In einem neuen Fachgebiet hat es junge Ärzte

Wenn ein Chefarzt zuständig wäre, könnte sich der Arzt, der sich altershalber testen lassen muss, einen Studienkollegen suchen, wie Regierungsrat Martin erklärte. Bei einem Arbeitsmediziner sei das weniger wahrscheinlich, da es sich um ein neues Fachgebiet handle. Schweizweit gibt es allerdings nur etwa 80 Arbeitsmediziner,

im Thurgau nur eine Arbeitsmedizinerin. Martin fand es zumutbar, alle drei Jahre nach Winterthur oder St. Gallen zu fahren.

Abgelehnt wurde auch ein Antrag von Edith Wohlfender (SP, Kreuzlingen), die von Ärzten mindestens Deutschkenntnisse auf dem Niveau B2 gemäss dem europäischen Referenzrahmen verlangen wollte. Dies werde auf Bundesebene geregelt, entgegnete ihr Tobler.

Schon in der Kommission wurde ein Antrag mit 9 Nein zu 4 Ja abgelehnt, Komplementärmediziner von der Bewilligungspflicht auszunehmen. Die Chance sei verpasst worden, mit innovativem Denken neue Lösungen zu finden, klagte die Heilpraktikerin Cornelia Hauser (GP, Weinfelden).